

Bericht

**über die Delegationsreise des
Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
des Deutschen Bundestages**

**nach
Guatemala, Honduras,
Costa Rica**

Teilnehmerinnen:

**Lilo Friedrich, MdB
Irmgard Karwatzki, MdB
Karin Kortmann, MdB
(Delegationsleitung)**

14.-22. Februar 2004

Programm in Guatemala

Samstag, 14. Februar 2004

22.50 Uhr Ankunft in Guatemala Stadt mit MX 389
Transfer zum Hotel

Sonntag, 15. Februar 2004

8.00 Uhr Besuch des Projektes Ija'tz
10.30-13.30 Uhr Besichtigung von Antigua
15.00 Uhr Besuch von CAFCA und Treffen mit Vertretern des Zivilen
Friedensdienstes
16.30 Uhr Treffen mit Miguel Angel Albizurez von Alianza contra la Impunidad
17.30 Uhr Oficina de Derechos Humanos del Arzobispado de Guatemala
(ODHAG)
19.00 Uhr Abendessen mit dem Leiter von MINUGUA Herr Tom Koenigs und
der Leiterin des Büros des Hochkommissars der VN für Menschen
rechte Frau Birgit Gerstenberg

Montag 16.02.2004

9.00 Uhr Gespräch mit Außenminister Jorge Briz und Vize-Außenministerin Marta
Altolaquirre Larraondo
10.30 Uhr Gespräch mit dem neuen Sekretär der Secretaria de Paz (SEPAZ) Dr.
Victor Dionicio Montejo Esteban
12.30 Uhr Mittagessen auf Einladung des Kongresspräsidenten Dr. Francisco Rolando
Morales Chavez und weiteren Vizepräsidenten des Kongresses
15.00 Uhr Gespräch mit dem Geschäftsführer der Rigoberta-Menchú-Stiftung
16.30 Uhr Gespräch mit VertreterInnen von UNICEF
17.30 Uhr Fundación Myrna Mack, Gespräch mit Frau Helen Mack
19.00 Uhr Empfang in der Residenz des Botschafters

Dienstag 17. Februar 2004

8.00 Uhr Gespräch mit dem neuen Leiter der Präsidentschaftlichen Menschenrechts-
Kommission, Herrn Frank La Rue
9.30 Uhr Gespräch mit dem Menschenrechtsbeauftragten Dr. Sergio Morales
11.00 Uhr Gespräch mit Frau Lic. Otilia Lux de Coti, ehemalige
Kultusministerin
12.00 Uhr Gespräch mit den politischen Stiftungen FES und KAS

Programm in Honduras

Dienstag, 17. 02.2004

17.25 Uhr Ankunft Flughafen Tegucigalpa
19.30 Uhr Empfang des Deutschen Botschafters in der Residenz

Mittwoch, 18.02.2004

8.00 Uhr Gespräch mit dem Innen- und Justizminister Jorge Ramon Hernandez Alcerro und dem Leiter der Spezialeinheit der Nationalpolizei zur Aufklärung der gewaltsamen Todesfälle von Kindern und Jugendlichen Ricardo Diaz
11.00 Uhr Besuch des Therapiezentrums für drogenabhängige Straßenkinder „Comunidad Terapeutica Santa Margarita“ der NGO Casa Alianza und Teilnahme an der Einweihung der Sportanlage des Zentrums, die mit Mitteln der Bundesregierung finanziert wurde
15.30 Uhr Gespräch bei Staatspräsident Ricardo Maduro Joest
17.00 Uhr Besuch bei der Ländervertretung von UNICEF und Gespräch mit dem Repräsentanten Herrn Fernando Lazcano
18.00 Uhr Gespräch mit dem honduranischen Beauftragten für Menschenrechte, Ombudsmann Dr. Ramon Custodio

Donnerstag, 19.02.2004

8.00 Uhr Besuch des Rehabilitationszentrums für minderjährige weibliche Strafgefangene „Centro Sagrado Corazón de Maria“, in Begleitung der Exekutivdirektorin des honduranischen Instituts für Kinder und Familie (IHNFA) Frau Loly Salas
11.00 Uhr Gespräch mit dem Vize-Präsidenten des Nationalkongresses und dem Vorsitzenden des Menschenrechtsausschusses des Nationalkongresses
13.00 Uhr Besuch des kirchlichen Wiederaufbauprojektes in den Armenvierteln Tegucigalpas, Krankenstation „Campo Cielo“ unter Leitung von Padre Luis Angel Gomez
15.00 Uhr Gespräch mit Erzbischof von Tegucigalpa Kardinal Oscar Rodriguez
16.00 Uhr Treffen mit MitarbeiterInnen der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)
18.30 Uhr Auswertungsgespräch mit Botschafter Dr. Bruns

Programm in Costa Rica

Freitag, 20.02.2004

8.30 Uhr Abflug vom Flughafen Tegucigalpa nach Costa Rica
Verabschiedung durch den deutschen Botschafter
10.25 Uhr Ankunft in San José de Costa Rica

12.30 Uhr Gespräch mit Parlamentspräsident Mario Redondo
14.30 Uhr Corte Interamericana, Gespräch mit Richter Manuel Ventura Robles
15.30 Uhr Gespräch mit Vizeaußenminister Marco Vinicio Vargas
19.00 Uhr Abendessen in der Residenz, Gespräche mit FES und KAS

Samstag 21.02.201

9.30 Uhr Rückflug über Miami nach Deutschland mit LH 463

Ergebnisse der Delegationsreise in Guatemala

Sonntag, 15. Februar 2004

8.00 Uhr Besuch des Projektes Ija'tz

Ziel des Projektes Ija'tz (d.h. Samenkorn) ist es, Bildung für indigene Völker über ein Stipendientensystem zu ermöglichen. Parallel zum Studium muss soziale Arbeit geleistet werden. Nach erfolgtem Studium wird die Studienhilfe ganz oder teilweise zurückgezahlt, damit weitere junge Menschen gefördert werden können. Die Stipendiaten treffen sich monatlich einmal in ihren Regionen Quiché, Quetzaltenango und in Guatemala-City mit selbst organisierten Programmen. Die Teilnahme ist Pflicht. Es werden jährlich ca. bis zu 80-100 Stipendiaten gefördert.

Begleitprogramme werden organisiert, so z.B. „Schritte zum persönlichen Erfolg“, um zu lernen, persönliche und gesellschaftliche Hindernisse zu überwinden, eingefahrene Verhaltensweisen zu ändern und dadurch Selbstbewusstsein aufzubauen. Leitmotiv ist dabei die Verflechtung von „Kindheit und Friedenskultur“: Bewusst werden die Traumata aus der Kriegszeit angegangen; viele sprechen zum ersten Mal von der erlebten Gewalt.

Das Projekt ist ausschließlich auf das persönliche Engagement von Frau Maria-Christine Zauzich, einer deutschen Journalistin, ausgerichtet. Das Projekt wird aus privaten Spenden aus Deutschland getragen. Während unseres Besuches wurde ein Seminar über Gerechtigkeit und Frieden abgehalten. Die Unterbringung erfolgte im Hause des Projekts.

Die jungen Erwachsenen dankten für das Interesse der Delegation an ihrer Arbeit und am Geschehen in ihrem Land. Das Projekt ist unterstützungswürdig, auch in Bezug auf Kleinprojekte der Botschaft (Siehe Anlage 1).

10.30-13.30 Uhr Besichtigung von Antigua

15.00 Uhr Besuch von CAFCA und Treffen mit Vertretern des Zivilen Friedensdienstes

Der Direktor der Nichtregierungsorganisation CAFCA, Herr Ressus stellte zunächst den historischen Kontext der Arbeit von CAFCA vor: die Einrichtung zweier Wahrheitskommissionen, die Unterzeichnung des Friedensabkommens, die nach wie vor hohe Straflosigkeit, die Suche nach Verschwundenen, Angst und Misstrauen in den Gemeinden. CAFCA ist eine anthropologisch-forensische Nichtregierungsorganisation. Eine von drei Einrichtungen, die im Auftrag des Ministerio Publico Exhumierungen durchführen. Von den 18 Exhumierungen im Jahr 2003 haben die Untersuchungen in 12 Todesfällen zu einem Bericht an die Staatsanwaltschaft geführt. CAFCA selbst kann keine Anzeige erstatten, berät aber in juristischen Fragen die Familienangehörigen der Todesopfer. Von den 150.000-200.000 Opfern des Bürgerkrieges sind seit 1992 erst 3000 exhumiert worden. Der Weg zur Aufarbeitung und Versöhnung geht nur sehr schleppend voran. Mit der Exhumierung wird eine psychologische und pädagogische Begleitung der Familienangehörigen und der Gemeindemitglieder sichergestellt. Es wird ein Bericht über den möglichen Tatverlauf, die Todesursache erstellt und die Trauerarbeit begleitet. CAFCA bietet juristische Beratung an, bildet Polizisten z.B. in der Tatortsicherung aus und fordert eine Reform des guatemalteckischen Justizwesens.

Der **Zivile Friedensdienst** ist ein neues Instrument der Entwicklungszusammenarbeit. Erst seit Anfang 2000 führt der DED entsprechende Maßnahmen der Konfliktbearbeitung in Guatemala durch. Er setzt dabei an zwei wesentlichen Punkten an: den Empfehlungen der Wahrheitskommission für Guatemala als Voraussetzung für die Bearbeitung der Folgen des jahrzehntelangen Bürgerkrieges und der friedlichen Bearbeitung struktureller Ursachen des gewalttätigen Konfliktes.

Der DED ist mit 5 Projektstellen in Guatemala tätig. Zur Stärkung der rechtsstaatlichen Strukturen fördert er die Überwindung der Straflosigkeit, die Verbesserung rechtsstaatlicher Instrumente und leistet Beiträge zur Wiederherstellung des sozialen Gefüges. Im Bereich zur Bearbeitung von Landkonflikten setzt der Zivile Friedensdienst auf die Stärkung lokaler und regionaler Potenziale zur Konfliktbearbeitung und die Stärkung von Verhandlungs- und Vermittlungskapazitäten.

Er unterstützt CAFCA insbesondere durch den Aufbau gerichtsmedizinischer und kriminologischer Untersuchungskapazitäten und leistet damit einen Beitrag zur Aufarbeitung politisch motivierter Gewalttaten und zur Verbesserung rechtsstaatlicher Mittel.

16.30 Uhr Treffen mit Miguel Angel Albizurez von Alianza contra la Impunidad

Miguel Angel Albizurez berichtete, dass ihnen folgende Punkte große Sorgen bereiten: das organisierte Verbrechen, die Einhaltung von Menschenrechten sowie die Einhaltung der wirtschaftlichen und sozialen Rechte, der Preisanstieg, die Arbeitslosigkeit und der Hunger. Das Militär habe immer noch großen Einfluss. Außerdem gäbe es keine klare Trennung zwischen Polizei und Militär. Zur Unterstützung bei der Bekämpfung des Drogenhandels dürfe auch das US-Militär wieder ins Land.

Positiv wurde berichtet, dass der Präsident eine Kommission für Menschenrechte eingesetzt habe und dass keine Menschenrechtler mehr verfolgt würden.

Des Weiteren berichtete er, dass Otto Perez Molina vom Präsidenten zum Sonderbeauftragten für die nationale Sicherheit ernannt wurde. Unklar sei jedoch die Position der Sonderbeauftragten und die Frage, über welche Macht sie verfügen. Die Verfassung sähe keine Sonderbeauftragten vor.

Herr Albizurez wies auch darauf hin, dass die Staatsanwaltschaft den Völkermord noch nicht aufgeklärt habe und die Beweise noch nicht ausreichen, um einen Prozess zu machen. Es bestehe aber Hoffnung, dass ein Prozess angestrebt wird, da Rios Montt keinen Schutz mehr habe und somit ermittelt werden könnte. Die Justiz in Guatemala sei sehr langsam. Es gäbe allerdings das Zentrum für gesetzliches Vorgehen bei Menschenrechtsverletzungen und Morden an Indigenas (CALDH).

Zusammenfassend sagte er, dass die Menschenrechtsbewegung seitens der Regierung sehr unterstützt werde.

17.30 Uhr Oficina de Derechos Humanos del Arzobispado de Guatemala (ODHAG)

Das Büro der Menschenrechte beim Erzbischof existiert seit 1990 und gliedert sich in drei Bereiche.

1. Versöhnung

Von hier aus wird die Suche nach Verschwundenen aufgenommen, Exhumierungen werden von der GTZ vorgenommen. Zudem wird sich der Konfliktumwandlung angenommen, d.h. es wird konkrete Hilfe in Einzelfällen angeboten.

2. Kulturelle Identität

Hier werden Strategie-Programme entwickelt, z.B. „Rechte der Kinder“ (unterstützt

von der Kindernothilfe).

3. *Beachtung der Menschenwürde*

Ausführlich dargelegt wurde der Fall des Weihbischofs von Guatemala-Stadt, Juan Gerardi Conedara, dessen brutale Ermordung am 26. April 1998 durch ranghohe Militärs und einen Priester zu verantworten sei, der zu einem Schuldspruch gegen diese Personen führte. Dieser Fall kam einem Durchbruch gegen die Straflosigkeit gleich, wurden hier zum ersten Mal Militärs wegen eines Verbrechens verurteilt. Allerdings ist das Urteil noch nicht rechtskräftig. In diesem Urteil wird angekündigt, dass gegen weitere Militärs nicht ermittelt wird, vielmehr das Verfahren eingestellt wird. Auf die Nachfrage der Delegation, wer den Mord an Bischof Gerardi denn verübt habe, heißt es, dass von interessierter Seite boykottiert wird, dass der Priester den Mord zu verantworten habe. Ob der Fall jemals geklärt werden kann, bleibt dahingestellt. Allerdings hat der Erzbischof die Erlaubnis für weitere Recherchen erteilt. Der „Fall Gerardi“ ist Ausdruck der dramatischen Menschenrechtssituation und des Stockens des Friedensprozesses, der durch das zwischen Regierung und Guerilla Ende 1996 unterzeichnete Abkommen eingeleitet wurde. Eine Entfernung des beschuldigten Priesters aus dem Priesterlichen Amt seitens der Kirche ist bisher auch nicht erfolgt.

Nach dem inzwischen 36 Jahre währenden bewaffneten Konflikt ist nun psycho-soziale Hilfe für Betroffene unabdingbar, damit endlich wieder Normalität eintreten kann. Es folgen allgemeine Ausführungen über Exhumierungen, welche mit den Ausführungen bei den Friedensdiensten/GTZ identisch sind.

19.00 Uhr Abendessen mit dem Leiter von MINUGUA Herr Tom Koenigs und der Leiterin des Büros des Hochkommissars der VN für Menschenrechte Frau Birgit Gerstenberg

Montag 16.02.2004

9.00 Uhr Gespräch mit Außenminister Jorge Briz und Vize-Außenministerin Marta Altola-guirre Larraondo

Das Gespräch mit dem Außenminister und der Vize-Außenministerin fand in einer sehr freundlichen Atmosphäre statt.

Beide erklärten, dass die neue Regierung sehr bestrebt sei, das Friedensabkommen umzusetzen und mit Leben zu füllen. Dies sei auch der Wunsch des Präsidenten. Sie berichteten, dass seit sieben Jahren die Wiedergutmachung für Opfer auf dem Land und in den Dörfern diskutiert werde und dass sie jetzt umgesetzt werden soll.

Berichtet wurde auch, dass die Steuerpolitik große Probleme bereite, da große Mengen des vorhandenen Geldes auf korrupte Weise verwendet würden. In einem ersten Schritt müsse zunächst geklärt werden, wer überhaupt Steuerzahler sei. Das Land brauche dringend finanzielle Ressourcen.

Der Außenminister und seine Stellvertreterin sehen eine große Aufgabe darin, die indigenen

Völker besser einzubinden. Außerdem wollen sie die Bildung und die Infrastruktur des Landes verbessern. Es wurde von Seiten des Außenministers ein runder Tisch vorgeschlagen, an dem auch das Ausland beteiligt wird. Wichtig sind ihnen auch Dialoge in den Konfliktregionen. Es sollen Fonds für soziale Aspekte eingerichtet werden. Das Militär soll reduziert werden. Die Migrationspolitik soll verbessert werden.

Abschließend dankte er Deutschland ganz besonders für die Entwicklungsarbeit in der Vergangenheit und in der Zukunft.

10.30 Uhr Gespräch mit dem neuen Sekretär der Secretaria de Paz (SEPAZ) Dr. Victor Dionicio Montejo Esteban

Herr Esteban erläuterte das nationale Programm zur Wiedergutmachung. Zur Umsetzung des Programms müsse sich eine Kommission zusammensetzen. Eine direkte Wiedergutmachung sei insbesondere für die Familien und Jugendlichen sehr wichtig. Der angestrebte Steuerpakt soll wieder zu Wohlstand im Lande führen, da Guatemala kein Steuerrecht hat. Nötig sei auch, die Kultur zu entwickeln.

Ähnlich wie der Außenminister wies auch der Sekretär darauf hin, wie wichtig die Einbindung der indigenen Bevölkerung und die Beachtung der Menschenrechte seien.

12.30 Uhr Mittagessen auf Einladung des Kongresspräsidenten Dr. Francisco Rolando Morales Chavez und weiteren Vizepräsidenten des Kongresses

Hier erfolgte ein informeller Austausch über die Arbeitsbedingungen der Abgeordneten in den beiden Ländern. Intensiv wurde über die Bereitstellung von Arbeitsmaterial, der Bezahlung von Mitarbeitern usw. gesprochen.

Dem Wunsche nach einer guatemaltekischen/deutschen Parlamentariergruppe wurde unsererseits nicht entsprochen, vielmehr wurde darauf hingewiesen, dass es von deutscher Seite bei der Deutsch-mittelamerikanischen Parlamentariergruppe bleibt.

15.00 Uhr Gespräch mit dem Geschäftsführer der Rigoberta-Menchú-Stiftung

Der Geschäftsführer der Fundación Rigoberta Menchú Tum, Herr Gustavo Meono Brenner, erläutert zunächst, dass Rigoberta Menchú nach den jüngsten Parlamentswahlen vom Staatspräsidenten zur „Botschafterin guten Willens“ ernannt worden ist. Sie wolle mit dieser ehrenamtlichen Funktion eine positive und aktive Rolle zur Umsetzung der Friedensvereinbarungen übernehmen. Ihr steht ein Beirat mit sieben Mitgliedern, der auch die ehemalige Kultusministerin angehört, beratend zur Seite. Mit der Ansiedlung ihres Büros, das seinen Platz zunächst im Nationalpalast haben sollte, hat sie ein deutliches Zeichen gesetzt und sich für die Akademie für Majasprachen entschieden. Ihre neue Tätigkeit dürfe zu keiner Verflechtung mit der Arbeit der Stiftung führen, deren Unabhängigkeit müsse bewahrt bleiben.

Herr Meono Brenner informiert über ein breites Bündnis guatemaltekischer Organisationen und bittet um internationale Unterstützung für die Einrichtung einer Kommission zur Nachforschung von illegalen Gruppen und geheimen Sicherheitsapparaten (Comision de Investigación de los Cuerpos Ilegales y Aparatos Clandestinos de Seguridad - CICIACS). Die Kommission sei unabdingbar um die historische Erfahrung zu überwinden.

16.30 Uhr Gespräch mit VertreterInnen von UNICEF

Frau Gladys Acosta Vargas, die Repräsentantin von UNICEF-Guatemala berichtet über die Aufgaben von UNICEF: sie seien Partner des Staates, der Regierung und würden den Kongress fachlich beraten. Sie berichtet, dass 50% der Bevölkerung jünger als 18 Jahre seien. Das größte Problem seien die anonymen Adoptionen. Keiner wisse die genauen Zahlen, wieviele Kinder im Jahr 2003 adoptiert, bzw. zur Adoption frei gegeben worden seien.

Der Krieg habe Spuren hinterlassen, es gäbe extreme Gewalt und eine sehr hohe Mordrate. Junge Menschen seien sowohl Opfer, wie auch Täter.

Die Delegation weist auf die jüngsten gesetzlichen Grundlagen zum Kinder- und Jugendschutz in Deutschland hin, erläutert die Funktion der Kinderkommission im Deutschen Bundestag und die Mitwirkung aller Bundestagsfraktionen in der Mitgliederversammlung des Deutschen Komitees für UNICEF. Auf die Frage, welchen Stellenwert die Umsetzung der Millennium Development Goals bei UNICEF-Guatemala habe, erklärt Frau Acosta Vargas, dass diese Ziele in Guatemala nicht erreichbar seien. Es gäbe nur sehr kleine Fortschritte bspw. im Bildungsbereich. Noch immer könne nicht jedes Kind die Grundschule abschließen. 85% würden eingeschult, wieviele die Schule abschließen, sei aber nicht erfasst. Bildung sei die Schlüsselqualifikation Nr. 1, weil damit auch die Voraussetzung für die politische Selbstbestimmung gegeben sei. Armut in Guatemala sei ländlich, indigen, minderjährig und weiblich.

17.30 Uhr Fundación Myrna Mack, Gespräch mit Frau Helen Mack

Frau Helen Mack hat anschaulich ihr Engagement bei der Aufklärung über den Tod ihrer Schwester und den Sachstand informiert. Der Mord ist am 11. Sep. 1990 inmitten der Hauptstadt geschehen. Der Täter stach 27 Mal mit seinem Messer zu und ließ sein Opfer am Straßenrand liegen. Die Brutalität bei solchen politischen Verbrechen dient auch immer dazu, andere davon abzuhalten, sich gegen Unrecht und Machtmissbrauch zu engagieren. Die Anthropologin untersuchte damals die Lage der rund 1,5 Millionen Menschen, die wegen des bewaffneten Konflikts zu Flüchtlingen im eigenen Land geworden waren. Offenbar waren die Ergebnisse ihrer Untersuchung in den Augen der Militärs, die das Land jahrzehntelang diktatorisch regierten, nicht erwünscht.

Bis heute wurde bei den Ermittlungen nichts erreicht. Helen Mack richtete ihren Dank an die deutsche Regierung aus, welche stets Unterstützung geleistet hat. Laut Frau Mack ist festgestellt worden, dass der Sicherheitsapparat der Regierung für den Mord verantwortlich zu machen ist. Frau Mack ist entschlossen, die Angelegenheit bis in die letzte Instanz des Interamerikanischen Gerichtshofes zu begleiten. Darüber hinaus ist ihr erklärtes Ziel, sich dafür einzusetzen, dass der Straflosigkeit für vom Staat durch- und ausgeführte Verbrechen ein Ende gemacht wird. Lobend wird Prof. Dr. Tomuschat erwähnt.

19.00 Uhr Empfang in der Residenz des Botschafters

Dienstag 17. Februar 2004

8.00 Uhr Gespräch mit dem neuen Leiter der Präsidentschaftlichen Menschenrechtskommission, Herrn Frank La Rue

Herr La Rue verweist darauf, dass die Friedensvereinbarungen von 1994 zwar sehr wichtig gewesen seien, aber längst noch nicht abgeschlossen. Guatemala bräuchte immer noch eine gewisse Begleitung bzw. Überwachung der internationalen Gemeinschaft.

Guatemala benötige Transparenz als kulturelles Phänomen bei Staat und Bevölkerung, eine Demokratie als Kultur der Bürgerbeteiligung und eine Kultur des Friedens. Guatemala sei das

Land mit der größten Gewalt gegen Frauen. Deshalb müsse die Straflosigkeit bekämpft werden. Er plädiert für einen nationalen Plan gegen die Maras, die Jugendbanden.

In seiner neuen Funktion gilt er als persönlicher Berater des Präsidenten, ohne eigenes Budget, ohne Büro und ohne die Mitwirkungsmöglichkeit im Kabinett, der aber einer Kommission vorsteht, die als Ergebnis der Friedensverhandlungen, bereits eingerichtet war. Er benennt die positiven Personalentscheidungen des Präsidenten, der sehr hohe Maja-Persönlichkeiten in Ministerfunktionen ernannt hat, auch die Berufung des Generaldirektors für Planung, durch den früheren Vize-Rektor der Universität.

Die Delegation sprach ihn auf die Vorbereitungen der MRK in Genf an und die Möglichkeit zur Durchführung eines gemeinsamen side events, durchgeführt von der guatemaltekischen und der deutschen Regierung. Herr La Rue berichtet von dem Planungsgespräch mit der Menschenrechtsbeauftragten des Auswärtigen Amtes Frau Claudia Roth. Präsident Berger und Vizepräsident Stein hätten das Anliegen begrüßt und ihre Zustimmung zur Durchführung des side events gegeben.

9.30 Uhr Gespräch mit dem Menschenrechtsbeauftragten Dr. Sergio Morales

Herr Morales stellte der Delegation seine Erwartungen an die Regierung vor. Sie soll die Korruption bekämpfen und die Sicherheit verbessern. Die Sonderbeauftragten des Präsidenten machen ihm Sorgen, da man nicht absehen könne, welche Befugnisse sie hätten.

Als größtes Problem nannte er die Straflosigkeit, da noch die alten Strukturen herrschten und sich noch Vollzugsbeamte der alten Garde im Amt befänden. Außerdem berichtete er über Jugendbanden.

Große Sorgen bereitet ihm auch die wirtschaftliche und soziale Lage. Die Regierung streiche viele soziale Leistungen. Programme würden reduziert, so z.B. die Schulfrühstücke. Ein weiteres riesiges Problem sei der Drogenhandel.

Herr Morales machte deutlich, dass er nur die Missstände anprangern könne, da er keine Befugnisse habe, sondern lediglich eine moralische Instanz sei. Einmal im Jahr legt er dem Kongress einen Bericht vor.

11.00 Uhr Gespräch mit Frau Lic. Otilia Lux de Coti, ehemalige Kultusministerin

Nach einer kurzen Vorstellung der Mitglieder der Delegation erkundigen sich diese danach, was in den vergangenen vier Jahren im Bereich des Bildungssystems für die indigene Bevölkerung im Zusammenhang mit Armutsprogrammen unternommen wurde und was künftig getan werden muss.

Im Hinblick auf die indigene Bevölkerung ist nicht besonders viel erreicht worden; allenfalls sind einige kleine Schritte erkennbar. Hier muss eine Vereinbarung getroffen werden, dass künftig die zweisprachige Erziehung (Spanisch sowie eine der indigenen Sprachen) möglich wird. Es existieren über zwanzig unterschiedliche indigene Sprachen in Guatemala, wie z.B. Quiché oder Maya.

Es gibt die Idee, dass z.B. die Lehrerausbildung zweisprachig erfolgen soll. Hierbei wäre dann eine Wahlmöglichkeit verschiedener indigener Sprache anzubieten, damit später in dem entsprechenden Bezirk der indigenen Sprache unterrichtet werden kann. Dringend erforderlich sei ein Programm für indigene Mädchen, so dass z.B. Töchter von Witwen Zugang zur Bildung erhalten. Diese Mädchen-Programme müssten kontinuierlich modifiziert werden, um den unterschiedlichen Anforderungsprofilen Rechnung zu tragen. Noch immer werden Mädchen für

die „niedrigen“ Dienste in Haus und Hof eingesetzt; die Alphabetisierungsrate sei bei Mädchen nach wie vor gering. Zudem müssen die Stipendiaten-Programme erweitert werden. Staatliche Mittel wurden bei der vorherigen Regierung zentralisiert; eine Dezentralisierung sei besser.

Ein Wunsch wird von Frau Lux de Coti diskutiert: Die Staatspolitik müsse stärker Friedenspolitik innerhalb des gesamten Volkes werden; aus diesem Grunde wären z.B. Dolmetscher, die mehrere indigene Sprachen beherrschen, bei der Justiz dringend erforderlich.

Bildungsprogramme, die es bereits gibt, bedürften einer Verbesserung und Erweiterung.

12.00 Uhr Gespräch mit den politischen Stiftungen FES und KAS

Herr Hans Jürgen Weiss berichtet von der Arbeit der Konrad Adenauer Stiftung (KAS), die seit 1968 in Guatemala tätig ist. Frau Dr. Anja Stuckert stellt die Arbeit der Friedrich Ebert Stiftung vor. Die Stiftungen arbeiten eng zusammen und stimmen ihre Programme auf die jeweiligen Zielgruppen miteinander ab. Die Reduzierung von Finanzmitteln, lässt nicht immer ein dezidiertes Länderprogramm zu, sondern verstärkt regionale Themenfelder, wie z. B. die Auswirkungen des Freihandelsabkommens mit den USA.

Ein Schwerpunkt im vergangenen Jahr war die Vorbereitung und Begleitung der Wahlen; die FES hat eine Jugendwahlkampagne entwickelt, um deren Auswertung die Delegation gebeten hat. Ein Schwerpunkt liegt bei der Begleitung der verschiedenen Parteien und ihrer Mandatsträger. Von den 158 Kongressabgeordneten sind 13 Frauen, ein Abgeordneter ist indigener Abstammung, 85% aller Abgeordnete sind neu gewählt. Die KAS ist u.a. in der Kaderausbildung für Gewerkschaften tätig und arbeitet eng mit der Jesuiten Universität zusammen. Die FES will die Partizipation der Zivilgesellschaft stärken und arbeitet eng mit den Bürgermeistern und den regionalen Entwicklungsräten zusammen.

Zusammenfassung zu Guatemala / Schlussfolgerungen

1. Um den Friedens- und Versöhnungsprozess zu unterstützen, ist die wertvolle Arbeit der Organisationen, die Exhumierungen (und damit Aufklärung, Trauerarbeit, Versöhnung in den Gemeinden, Unterstützung der Strafverfolgung) leisten auch weiterhin zu unterstützen.
Die Delegation bittet die Bundesregierung entsprechende finanzielle Mittel dafür bereit zu stellen und die Arbeit von CAFCA damit zu fördern.
2. Frau Zauzich belegt mit ihrem Projekt Ija'tz wie beispielhaft über private Spendenaquirierung Bildungsangebote für die indigene Bevölkerung angeboten werden können.
Wir bitten Frau Zauzich am 30.06.2004 in den Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe einzuladen und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu prüfen, inwieweit eine Kleinprojektförderung für Ija'tz bereitgestellt werden kann.
3. Die Arbeit der politischen Stiftungen (FES und KAS) sind wichtige Unterstützer im Demokratieaufbau und der –vermittlung sowie in der Begleitung der parlamentarischen Arbeit. Weitere finanzielle Kürzungen im Rahmen der Haushaltszuweisungen gefährden diese Arbeit.
Wir bitten die Haushälter dies bei den Beratungen zum Einzelplan 23 zu beachten.
4. Wir bitten die Bundesregierung die Einrichtung einer Kommission zur Nachforschung von illegalen Gruppen und geheimen Sicherheitsapparaten (CICIACS) im Rahmen der Vereinten Nationen zu unterstützen.

Ergebnisse der Delegationsreise in Honduras

Dienstag, 17. 02.2004

17.25 Uhr Ankunft Flughafen Tegucigalpa

Begrüßung durch Botschafter Dr. Thomas Bruns
Transfer zum Hotel

19.30 Uhr Empfang des Deutschen Botschafters in der Residenz

Auf Einladung des Deutschen Botschafters hatte die deutsche Delegation die Möglichkeit, eine Vielzahl von Gästen kennen zu lernen: Mitglieder der Regierung, des Nationalkongresses, Botschafter aus EU-Mitgliedsstaaten, ExpertInnen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, VertreterInnen von MR-Organisationen und der honduranischen Zivilgesellschaft, VertreterInnen der deutschen Kolonie.

Es war bemerkenswert, mit welcher guter Pressearbeit der Deutsche Botschafter auf den Besuch der deutschen Delegation aufmerksam gemacht hatte. Eine Vielzahl von PressevertreterInnen, der Regierung und auch Erzbischof Kardinal Oscar Rodriguez waren der Einladung gefolgt und haben die deutschen Abgeordneten sehr herzlich empfangen.

Mittwoch, 18.02.2004

8.00 Uhr Gespräch mit dem Innen- und Justizminister Jorge Ramon Hernandez Alcerro und dem Leiter der Spezialeinheit der Nationalpolizei zur Aufklärung der gewaltsamen Todesfälle von Kindern und Jugendlichen Ricardo Diaz

Der Innen- und Justizminister begrüßte generell die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Honduras. Man arbeite gerade daran, die nationalen und regionalen Regionen zu stärken (Aktion Landordnung), an einer Regelung von Grund und Boden (Kataster), außerdem an der Stärkung von Frauen und am Ausbau des Zivilschutzes, der der Feuerwehr obliegt.

Der Leiter der Spezialeinheit berichtete, dass der Präsident einen Beauftragten für den Schutz von Kindern und Jugendlichen eingesetzt habe, da es viele unaufgeklärte Todesfälle von Minderjährigen gäbe. Das Phänomen der Todesfälle von Kindern und Jugendlichen sei relativ neu (seit 1998). Ab und zu gäbe es Berichte von Nichtregierungsorganisationen, die aber unterschiedliche Zahlen nennen würden. Hier sieht Herr Diaz eine große Verantwortung für den Staat.

Er steht einer Kommission vor, in der Staatsanwaltschaft, Menschenrechtler und Kirchen vertreten sind. Die Sondereinheit zur Ermittlung von Todesfällen bei Kindern und Jugendlichen hat im Jahr 2002 die Arbeit aufgenommen. Sie ist unabhängig von der Polizei und dem Sicherheitsminister unterstellt. Die Personalauswahl trifft der Minister persönlich, ihm gegenüber besteht auch die Berichtspflicht. Ein erster Bericht mit offiziellen Daten wurde im Jahr 2002 vorgelegt und einstimmig vom Congress angenommen. Hierzu gab es auch eine Pressekonferenz mit allen Betroffenen.

Zusammenfassend wurde deutlich, dass im Bereich der Todesfälle von Kindern und Jugendlichen großer Handlungsbedarf besteht.

11.00 Uhr Besuch des Therapiezentrums für drogenabhängige Straßenkinder „Comunidad Terapeutica Santa Margarita“ der NGO Casa Alianza und Teilnahme an der Einweihung der Sportanlage des Zentrums, die mit Mitteln der Bundesregierung finanziert wurde

Die Casa Alianza ist eine amerikanische Nichtregierungsorganisation, die mehrere Projekte in Honduras begleitet. Die hier untergebrachten Straßenkinder haben durchweg eine ungute Ausgangsbasis in ihren Familien. Sie fallen durch Drogenkonsum und Drogenverkauf auf; sind oft in Drogengangs „zu Hause“ und bringen sich gegenseitig um. C.A. holt sie aus diesem Umfeld heraus; Kinder und Jugendliche erhalten Unterbringung und Verpflegung. Über Schulunterricht, eine sinnvolle Beschäftigung sowie sportliche Betätigung wird versucht, Jugendliche in eine bessere Zukunft zu führen.

Die Einweihung der Sportanlage war für Kinder/Jugendliche (sieben bis achtzehn Jahre) und Erzieher ein Erlebnis. Die Spiel- und Sportgeräte wurden mit Begeisterung entgegengenommen.

15.30 Uhr Gespräch bei Staatspräsident Ricardo Maduro Joest

Die Delegation hatte in einem einstündigen Gespräch mit dem Staatspräsidenten, in Anwesenheit des Außen- und des Innen- und Justizministers die Möglichkeit, vier Schwerpunktthemen zu besprechen: die Umsetzung der Entschuldung über die HIPC-Initiative, die Möglichkeiten der Wirtschaftsförderung und das Freihandelsabkommen mit den USA, die Aufklärung von Straffällen, insbesondere die tragischen Morde an jungen Menschen. Der Präsident bat darum, die Möglichkeiten eines vorgezogenen Schuldenerlasses mit der deutschen Bundesregierung zu erörtern. Die zunehmende Armut in Honduras lasse keine Zeitverzögerung mehr zu. Nach den schwierigen Zeiten von Strukturanpassungsprogrammen durch den IWF, müsse jetzt die Entlastung für die Bevölkerung erkennbar werden. Er unterstrich die Notwendigkeit die freiwerdenden Mittel vor allem für den Bildungssektor verwenden zu können. Außerdem bat der Präsident in Fortsetzung des Gesprächs mit dem Innen- und Justizministers, die Möglichkeiten zur Unterstützung eines Zeugenschutzprogrammes durch die deutsche Bundesregierung zu prüfen. Damit wäre es endlich möglich, die vielen noch nicht aufgeklärten Kinder- und Jugendmorde durch Zeugenaussagen rechtlich zu verfolgen und aufzuklären.

Das Gespräch fand in offenem und sehr vertrauensvollem Respekt voreinander statt. Die Regierung hat in den ersten beiden Jahren ihrer Regierungszeit die strukturellen Voraussetzungen für die multilaterale und bilaterale Entschuldung eingeleitet. Die Delegation empfiehlt der Bundesregierung, ihr jetzt auch den Demokratiebonus für die kommenden beiden Jahre ihrer noch verbleibenden Regierungszeit zu geben und sie mit der Umsetzung der Entschuldung zu beauftragen. Eine Entschuldung zum Ende der Regierungszeit, der Wahlkampf und die Wahl einer neuen Regierung verhindern die notwendige Kontinuität und könnten sich kontraproduktiv auf den Entschuldungsprozess auswirken. Ebenfalls empfiehlt die Delegation, die Unterstützung für das Zeugenschutzprogramm positiv zu prüfen.

17.00 Uhr Besuch bei der Ländervertretung von UNICEF und Gespräch mit dem Repräsentanten Herrn Fernando Lazcano

Die Delegation erkundigt sich nach dem Weg eines typischen honduranischen Kindes in die Erwachsenenwelt. Immerhin 90 % der Kinder im Schulalter besuchen eine Schule (vier Jahre Grundschule); davon brechen 12 % allerdings vorzeitig ab. 78 % der Kinder besuchen die

fünfte Klasse, 60 % dann die sechste. Bedenklich erscheint, dass die Mehrzahl der Kinder sieben Jahre benötigt, um die fünfte Klasse zu erreichen. 30 % der Kinder besuchen eine weiterführende Schule.

Zahlreiche Heranwachsende landen in den Maras, den brutal agierenden Jugendbanden in Mittelamerika, denen z. T. bereits Sechs- und Siebenjährige angehören; laut Auskunft sollen es davon in Honduras 800 000 sein. In Honduras sterben jede Woche ein Dutzend Jugendliche in gegenseitigen Bandenauseinandersetzungen. Entsprechend hoch ist die Jugendkriminalität.

Ein weiteres großes Problem in Mittelamerika stellt der Handel mit Pornografie bzw. die Prostitution dar. Der Staat sollte Anstrengungen für eine Politik übernehmen, die über eine Legislaturperiode hinausreicht. Der jetzige Minister für Bildung propagiert eine verlässliche Drogenpolitik und setzt sich auch der Kritik aus.

Eines der Aktion-2015-Ziele besteht darin, die Armut zu halbieren. In den letzten zehn Jahren hat UNICEF sehr dafür gearbeitet, dass viele Kinder Bildung erhalten; dieses Ziel ist fast erreicht worden. Noch in den 80er Jahren wurde der Schulbesuch von 30-40% der Kinder wahrgenommen; inzwischen ist eine Quote von 85-90 % erreicht. Der nächste Schritt besteht darin, die Qualität der Bildung zu erhöhen, insbesondere für Mädchen. Eine Herausforderung stellen für UNICEF auch jene 400 000 Kinder dar, die auf der Straße arbeiten, obwohl Kinderarbeit bis zum 14. Lebensjahr gesetzlich verboten ist.

Zur Lehrer-Schüler-Relation lässt sich sagen, dass auf dem Lande 40-50 Kinder auf einen Lehrer kommen. 40 % aller Kinder besuchen Zwergschulen. Die Lehrgewerkschaft ist ungewöhnlich stark. Im Jahre 2002 waren Lehrer lediglich 90 Tage im Schuldienst, im Jahre 2003 waren es 102 Tage.

Im Hinblick auf eine praktische Ausbildung stellt das fehlende berufliche Ausbildungszentrum ein Problem dar. Einige Organisationen haben Werkstätten eingerichtet, um Fertigkeiten bei der Holz- und Metallbearbeitung zu erlernen. Später wird dann in Kleinstbetrieben gearbeitet, vergleichbar mit den deutschen Ich-AG's.

Die UNICEF arbeitet in 700 Vor- und Grundschulen sowie in 19 Kommunen, die alle das gleiche Armutsschicksal haben. Die Parole der UNICEF lautet: „Schulen sind Freunde der Kinder“. Die UNICEF-Projekte zeichnen sich durch folgende Kriterien aus:

- Es handelt sich um Bildungsgemeinschaften (Eltern/Lehrer/Kinder), um die Rechte der Kinder zu akzeptieren;
- Pädagogische Fähigkeiten und Fertigkeiten müssen verbessert und ausreichend Schulmaterial muss zur Verfügung gestellt werden;
- Verbesserung der Infrastruktur;
- Gesundheit (persönliche und familiäre Hygiene) kann dadurch erzielt werden, indem sich die Kinder in der Schule wie in ihrem eigenen Haus fühlen, es daher pflegen und achten (Bildungsaspekt);
- Erlernen der lokalen Situation im Hinblick auf Gesundheit, Umwelt etc.

18.00 Uhr Gespräch mit dem honduranischen Beauftragten für Menschenrechte, Ombudsmann Dr. Ramon Custodio

Herr Custodio berichtete, dass die Aufgabe des Ombudsmanns sehr schwierig sei, da er gegenüber der Regierung, aber auch gegenüber der Bevölkerung eine Berichtspflicht habe. Die Regierung sei bestrebt, die Fälle von ungeklärten Todesfällen aufzuklären, aber es gäbe ein schlechtes Justizsystem und einige Polizisten seien in Mordfälle verwickelt. Leider sei auch die Korruption bei der Polizei und der Justiz weit verbreitet. Das Land werde von Drogenhändlern

als Durchreiseland in die USA benutzt. Die Regierung betreibe eine Desinformation der Bevölkerung und bekämpfe nicht den Drogenhandel.

Als ein großes Problem bezeichnete Herr Custodio die Armut, die immer mehr zunähme. Der Preis des Warenkorbs steige stetig, die Preise seien freigegeben worden, die Löhne und Gehälter seien eingefroren worden. Die Benzinpreise seien aufgehoben worden, die Gelder flössen in Kanäle, die keiner nachvollziehen könne.

Er berichtete, dass die Verfassung der Republik verändert werden soll. Problematisch seien insbesondere Änderungen im Bereich des Datenschutzes sowie eine große Beschränkung bei der Informations- und Meinungsfreiheit.

Herr Custodio machte deutlich, dass er alle geschilderten Probleme so deutlich anprangern könne, da er unabhängig sei und sich der Wahrheit gegenüber verpflichtet fühle. Es sei ihm allerdings auch klar, dass er gefährlich lebe.

Gegenwärtig bereitet er einen Bericht für das Jahr 2003 vor, den er dem Kongress vorlegen wird. Er möchte, dass dieser Bericht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.

Donnerstag, 19.02.2004

8.00 Uhr Besuch des Rehabilitationszentrums für minderjährige weibliche Strafgefangene „Centro Sagrado Corazón de Maria“, in Begleitung der Exekutivdirektorin des honduranischen Instituts für Kinder und Familie (IHNFA) Frau Loly Salas

Der Träger verfügt über vier Einrichtungen. Die First Lady von Honduras steht dem Verein vor. Das Institut ist autonom und erhält ausschließlich finanzielle Mittel aus dem Etat des Finanzministeriums.

Die Delegation besichtigt ein Haus für schwer erziehbare Mädchen, das Platz für 25-30 junge Frauen, die aus dem ganzen Land hierher kommen und bis zu 29 Jahren alt sind, zur Verfügung stellt. Es sind nicht alle Plätze belegt. Zur Besuchszeit traf die Delegation 12-18 jährige Mädchen aus dem ganzen Land an. Mehrere Kinder gehörten Maras, den Jugendbanden, an. Zu den Delikten zählen Diebstahl, kriminelle Vereinigungen (Banden), illegaler Drogenbesitz bis zu Mord und Totschlag. Einige der Mädchen waren mit bis zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Besuche sind ausschließlich von der Familie erlaubt, nicht hingegen von Bandenmitgliedern. Ein Grundproblem ist darin zu sehen, dass die jungen Frauen aus unterschiedlichen und z. T. rivalisierenden Gruppen stammen.

Das Personal umfasst etwa 35 Personen, die als Betreuer und Wachpersonal arbeiten. Über die soziale Therapie (Arzt, Psychologe, Sozialarbeiter u. a.) sowie eine heilpädagogisch reedukative Umerziehung soll die Eingliederung in die Gesellschaft erfolgen.

Der Tagesablauf gestaltet sich wie folgt: Morgens wird mit Schulunterricht begonnen; nachmittags steht Sport auf dem Programm, und am Abend wird dann über den Tag reflektiert. Die Zeit des Aufenthaltes im „Centro Sagrado Corazón de Maria“ beträgt mindestens 6 Monate und höchstens 5 Jahre, wobei letzteres im Falle einer Mordtat erreicht wird. In den Werkstätten befinden sich eine Konditorei, eine Schneiderei sowie eine Computerwerkstatt, wobei alle Bereiche mit veraltetem Maschinen ausgerüstet sind. Nach Beendigung der Strafzeit wird nachgehende Fürsorge angeboten auch von Seiten der Justiz im Sinne unserer Bewährungshilfe.

11.00 Uhr Gespräch mit dem Vize-Präsidenten des Nationalkongresses und dem Vorsitzenden des Menschenrechtsausschusses des Nationalkongresses

Die Delegation sprach neben den vier Themenfeldern, die bereits mit dem Präsidenten erörtert wurden, zusätzlich noch die Mittelzusagen der internationalen Staatengemeinschaft und hier insbesondere durch die EU nach dem Hurrikan Mitch an.

Der Parlamentsvizepräsident machte im Rahmen von HIPC auf die großen Probleme aufmerksam, die durch die Vorgaben des IWF zu erfüllen waren, die jetzige Regierung habe dafür einen hohen politischen Preis gezahlt. Auch er bittet um eine zeitliche Beschleunigung der Entschuldung.

Er weist auf die Schwierigkeiten in der Korruptionsbekämpfung hin, die der Kongress u.a. mit zwei Maßnahmen als notwendig erachtet und beschlossen hat. Von den 15 Mrd. Lempiras, die der Staatshaushalt bereitstellt, seien ca. 20% jährlich durch Korruptionsbekämpfung einzusparen. Weitere Einsparvolumen seien möglich durch die Überprüfung bei den Steuereinzahlungsstellen. Seitens Schwedens und Großbritanniens werden dazu bereits unterstützende Kapazitäten zur Verfügung gestellt. Er bittet Deutschland ebenfalls um Unterstützung.

Ein großes Problem sei der Status der Abgeordneten in der Vergangenheit gewesen. Durch den Immunitätsschutz seien Straftaten und Korruption nicht verfolgt und der Eindruck in der Bevölkerung verfestigt worden, dass alle Parlamentarier unter einer Decke stecken. Die Immunität galt bereits ein Jahr vor dem Eintritt ins Parlament, während des Wahlkampfes. Das Parlament hat deshalb für alle Abgeordneten, auch für den Präsidenten und für ca. 5000 höhere Beamte die Immunität abgeschafft.

Der Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses Abg. Orle Anibal Solis Meraz beschreibt die enge Zusammenarbeit der ParlamentarierInnen mit dem nationalen Menschenrechts-Koordinator, dem Komitee zur Verteidigung der MR und mit der NGO Casa Alianza. Die gewalt-samen Todesfälle an Kinder und Jugendlichen seien im Zeitraum von Juli bis Dezember 2003 zurückgegangen.

13.00 Uhr Besuch des kirchlichen Wiederaufbauprojektes in den Armenvierteln Tegucigalpas, Krankenstation „Campo Cielo“ unter Leitung von Padre Luis Angel Gomez

Das Wiederaufbauprojekt im Armenviertel von Tegucigalpa unter Leitung von Padre Luis Angel Gomez hat die Delegation ganz besonders beeindruckt. Denn was dort geleistet wird, kann man fast gar nicht in Worte fassen.

Besonders herauszustellen ist die Krankenstation „Campo Cielo“ für die Ärmsten der Armen. Eine Ärztin und ein Zahnarzt betreuen pro Tag ca. 30 bis 35 Patienten. Die häufigsten Krankheiten sind Diabetes, Bluthochdruck, Gastritis, Hautkrankheiten, vaginale Krankheiten und Schwangerschaften in Folge von Vergewaltigungen. Die Kranken zahlen ein bis anderthalb Dollar für die Behandlung (Medikamente inbegriffen), und das auch nur, wenn sie es wirklich zahlen können. Der Delegation wurde berichtet, dass die Krankenzahlen rückläufig seien, da die Medikamente immer knapper würden.

Außerdem wurde eine Nähstation aufgebaut, in der Frauen unter Anleitung Näharbeiten herstellen und anschließend verkaufen können.

Die Delegation war sehr beeindruckt von den Projekten, die dort aufgebaut wurden und dankte Padre Luis Angel Gomez für sein außerordentliches Engagement.

15.00 Uhr Gespräch mit Erzbischof von Tegucigalpa Kardinal Oscar Rodriguez

Der Erzbischof informiert über die Lage der Jugendbanden; viele Jugendliche von ihnen sind vermutlich durch Genickschuss von Todesschwadronen ermordet worden. Es wäre einfach, dies durch Gerichtsmediziner festzustellen; es geschieht nicht, weil die Behörden Schwierigkeiten bereiten. Nun soll eine Sonderkommission eingesetzt werden; aber es dauert alles so lange, bis das Thema „eingeschlafen“ ist.

Das größte Problem im Lande sieht der Erzbischof im Drogenhandel und den damit verbundenen Geldströmen. Die Kirche will sich weiterhin für die Bekämpfung des Drogenhandels einsetzen. Die Problemlage stellt sich besonders in San Pedro Sula dar. Man geht davon aus, dass der Drogenhandel die Jugendbanden bezahlt, um von eigenen Machenschaften abzulenken und die Polizei mit Auseinandersetzungen zwischen den Jugendbanden zu beschäftigen.

Das Problem allen Übels ist in der Armut zu sehen. Es sind zwar einige Strukturveränderungen im Hinblick auf die Armutsbekämpfung erfolgt; dies reicht aber bei weitem nicht aus. Man versucht über bilaterale Fördermöglichkeiten, z.B. durch die Zusammenarbeit mit Deutschland, Hilfen zu erhalten, die besonders im Bildungssektor erforderlich sind. (So gibt es etwa über den Stellvertretenden Bürgermeister Jansen/Recklinghausen, ein Förderprojekt Klein=Mikro=Mini-Unternehmen, sprich: Ein-Mann-Unternehmen.) – Über die Gründung solcher Kleinstunternehmen wird eine sinnvolle Beschäftigung und Unterhalt für die eigene Familie geschaffen.

Schulische Partnerschaften gibt es u.a. zwischen der Albertus-Magnus-Schule, Viernheim, und einer kirchlichen Schule in der Hauptstadt. Der Erzbischof begrüßt diese Partnerschaften sehr.

Ein weiteres Problem stellt die Bekämpfung von AIDS dar. Honduras weist die höchste Infektionsrate Mittelamerikas auf; in den 80er Jahren wurde die Krankheit durch Amerikaner ins Land gebracht. Zwar verteilt die Regierung Kondome, doch unterlässt sie die unbedingt begleitende Aufklärung. Mehr als die Hälfte der Betroffenen wird von der Kirche betreut.

Der Erzbischof trägt den Wunsch vor, dass die Internationale Gemeinschaft das Land nicht vergessen möge. Das Land bewegt sich auf demokratische Strukturen zu, wobei es unbedingt erforderlich ist, dass die kulturelle Vielfalt erhalten bleibt.

Für dringend erforderlich hält er eine ständige Präsenz von demokratischen Regierungen, die sie bildenden Parteien und Abgeordneten demokratischer Parlamente in Honduras.

16.00 Uhr Treffen mit MitarbeiterInnen der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)

Die Vertreter der GTZ stellen im Rahmen der Armutsbekämpfung die drei Schwerpunkte der Technischen Zusammenarbeit in Honduras vor:

1. Wirtschaftsreform und Förderung der Marktwirtschaft
2. Bildung, Sozialpolitik, PRSP
3. Umweltpolitik, Schutz und nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen

Als besondere Problempunkte werden benannt:

- Es gibt keine klar erkennbare Wirtschaftsförderung durch die Regierung Honduras. 98% aller wirtschaftlichen Tätigkeiten sind Kleinst- und Kleinunternehmen;
- Die Beratung im Bildungsministerium lässt Bildungsprobleme deutlich werden. Ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer haben selbst häufig nur das Wissen von Hauptschülern und arbeiten meist nur 110 Tage im Jahr;
- Mehr als 50% der Fläche Honduras ist bewaldet, nur ein geringer Teil ist für die Landwirtschaft nutzbar. Die Trockenzeiten werden länger und die Klimazeiten verschieben sich. Die Ressource Wasser (Trink- und Gebrauchswasser) wird immer knapper;
- Nach wie vor sind die Landbesitzverhältnisse in Honduras nicht geregelt, was zu einer weiteren Reduzierung von kleinbäuerlichen Anwesen durch die Übernahme von Großbauern führt;
- Von den 300 Gemeinden sind ca. 250 wegen mangelnder Gemeindefinanzen arbeitsunfähig.

Die Delegation interessierte sich vor allem für die Hilfeleistungen und Wiederaufbaumaßnahmen nach dem Hurrican Mitch im Herbst 1998 (Siehe Anlage 2).

18.30 Uhr Auswertungsgespräch mit Botschafter Dr. Bruns

Die Delegation dankt Botschafter Bruns ganz besonders für seine hervorragende Vorbereitung und Begleitung der Delegationsreise. Die Delegation wird aus den Gesprächen in Honduras fünf Empfehlungen an den Ausschuss bzw. die Bundesregierung weiterleiten:

1. Wir bitten die Bundesregierung zu prüfen, inwieweit sie der hondurianischen Regierung beim Aufbau eines Zeugenschutzprogramms Unterstützung anbieten kann.
2. Im Rahmen der Kleinstprojektförderung bitten wir um Unterstützung für die Ausbildungsbereiche Computer und Textil im Frauengefängnis.
3. Die Bundesregierung möge prüfen, ob ein Vorziehen der Entschuldungsinitiative von 2005 auf 2004 ermöglicht werden kann.
4. Wir bitten um finanzielle Hilfe bei der Ausstattung des „Schutzengel-Programms“ der Casa Alianza.
5. Die Gesundheitsstation im Armenviertel von Tegucigalpa bedarf dringend der notwendigen Ausstattung. Welche Hilfemöglichkeiten sieht die Bundesregierung?

Ergebnisse der Delegationsreise in Costa Rica

Freitag, 20.02.2004

**8.30 Uhr Abflug vom Flughafen Tegucigalpa nach Costa Rica
Verabschiedung durch den deutschen Botschafter**

10.25 Uhr Ankunft in San José de Costa Rica

12.30 Uhr Gespräch mit Parlamentspräsident Mario Redondo

Parlamentspräsident Redondo informiert über die Zusammensetzung des Parlaments und die wichtigsten Arbeitsschwerpunkte:

1. Steuerreform
2. Freihandelsabkommen mit den USA
3. Geschäftsordnung der verfassungsgebenden Versammlung

Als besonderes Problem benannte er die große Zahl von 600.000 NicaraguanerInnen, die in Costa Rica Arbeit suchen. Sie würden hohe Kosten im Gesundheits- und Bildungswesen verursachen und die Kriminalitätsraten erheblich erhöhen.

Der Parlamentspräsident unterstrich das besondere Interesse an einem intensiven Austausch mit den Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Konkret sind sie am Parlamentsablauf, der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages, der ökonomischen Situation und Finanzgesetzgebung in Deutschland und der Regelung der öffentlichen Auftragsvergabe interessiert.

14.30 Uhr Corte Interamericana, Gespräch mit Richter Manuel Ventura Robles

Richter Ventura Robles erläuterte die Struktur des Gerichtshofes:

- unabhängige Rechtsinstanz;
- Teil des interamerikanischen Systems für Menschenrechte;
- 1979 gegründet;
- Sitz in San José de Costa Rica;
- Ziel ist die Anwendung und Auslegung der Amerikanischen Menschenrechtskonvention (IAMRK) durch sieben unabhängige Richter;
- Unterzeichnerstaaten der IAMRK sind ARG, BAR, BOL, BRA, COL, CRI, CHI, DOM, ECU, SLV, GRE, GUA, HAI, HON, JAM, MEX, NIC, PAN, PRY, PER, DOMINIQUE, SURINAME, TRINIDAD Y TOBAGO, URY, VEN.

Die Bilanz der Arbeit des Gerichtshofes beschreibt Richter Robles als erfolgreich. Staatlicher Terror, Folter, Hinrichtungen, Misshandlungen von Indigenen seien zurück gegangen.

Am meisten sei der Gerichtshof mit Fällen aus Guatemala und Peru, u.a. auch mit dem Fall Myrna Mack, befasst.

15.30 Uhr Gespräch mit Vizeaußenminister Marco Vinicio Vargas

Der Vizeaußenminister betonte die besondere Zusammenarbeit mit Deutschland, nach Spanien sei die Bundesrepublik Deutschland der wichtigste Partner in Europa.

Er verwies darauf, dass in den letzten Jahren viele Partner die Entwicklungszusammenarbeit mit Costa Rica reduziert oder eingestellt hätten.

Er wünsche sich weiterhin eine Unterstützung im Bereich des Bildungssektors und der gesundheitlichen Betreuung der nicaraguanischen Immigranten.

Die deutsche Delegation bat darum zu prüfen, inwieweit die deutsche Sprache an costaricanischen Schulen angeboten werden kann. Hier sollte seitens der Deutschen Botschaft das Gespräch vertieft werden.

Zu klären ist ebenfalls, wann es zu einer Unterzeichnung des Doppelbesteuerungsabkommens kommen kann. Vizeaußenminister Vargas hat zugesagt, diese Bitte der deutschen Delegation mit dem Finanzminister zu besprechen.

19.00 Uhr Abendessen in der Residenz, Gespräche mit FES und KAS

Verabschiedung durch Botschafter Dr.Göckel

Anlage 1

Anlage 1

PROJEKT SAMENKORN STIPENDIENWERK GUATEMALA



Was geschieht mit Ihren Spenden?

Die Spenden bleiben in Deutschland auf dem Konto des Projekts „Samenkorn“, bis sie vom PROYECTO IJA'TZ in Guatemala laut Finanzplan benötigt werden.

Das Projektteam in Guatemala bezieht bescheidene Gehälter. Dank der Großzügigkeit eines deutschen Spenders haben wir ein mitfreies Studienzentrum. Dort gibt es ein Büro, einen Arbeitsraum mit Computern, Fotokopierer, Bücher zum Ausleihen, einfache Schlafmöglichkeiten, und einen Raum für Seminare und für medizinische Hilfe.

Die Stipendien werden monatlich ausbezahlt. Das Projektteam überprüft die Anträge und die Leistungen und hilft bei auftretenden Problemen.

Die Freunde im „Projekt Samenkorn“ engagieren sich für das Projekt in Deutschland, halten Verbindung mit den Förderern und Spendern und stellen steuerabzugsfähige Spendenquittungen aus. Sie arbeiten ehrenamtlich. Auf diese Weise entstehen in Deutschland keine Verwaltungskosten.



Projecto Ija'tz
Programa de Becas
Guatemala

6 Av., 06-23, Zona 2
Simón Cañas

01001 Guatemala
Tel./Fax 0 05 02 / 2541 345

mail: ija'tz@intelnet.net.gt

Projekt Samenkorn
Stipendienwerk e.V.
Guatemala

Jockuschstraße 12
58511 Lüdenscheid

Tel. 0 23 51 / 43 36 63
Fax 0 23 51 / 43 36 226

samenkorn@hotmail.com
www.stipendienwerk-guatemala.de

Bankverbindung: Volksbank Lüdenscheid eG

Wer sind wir?
Das Projekt Samenkorn in Deutschland und das Projecto Ija'tz Guatemala sind eingetragene Vereine.

- Was wollen wir?**
- Jugendlichen der armen Bevölkerung, vorzugsweise Mayas eine qualifizierte Schulbildung und Berufsausbildung einschließlich Universität ermöglichen;
 - Persönlichkeiten mit sozialem und christlichem Engagement heranbilden, die ihre Identität bewahren;
 - Fachleute ausbilden, die beim Aufbau ihres Landes mitwirken und für einen friedlichen Wandel in Guatemala eintreten.;
 - sie mit Stipendien, begleitenden Seminaren und Kursen unterstützen.

- Wen fördern wir?**
Jugendliche der armen Bevölkerung, meist Mayas, der Bevölkerungsmehrheit in Guatemala; sie müssen
- Verantwortung und soziales Bewusstsein zeigen;
 - Überdurchschnittliche Lernbegabung vorweisen können
 - bereit sein, nach Ende der Ausbildung in Guatemala zu bleiben und zur Entwicklung ihres Landes beizutragen. Bevorzugt werden Jugendliche in besonderen Notlagen und Opfer des Bürgerkrieges.
- Sie müssen sich verpflichten, das Stipendium in Geld und/oder Arbeit zurückzuerstatten.

Warum?
Wir halten Bildung und Erziehung für die besten Mittel zu einer friedlichen Veränderung in den verarmten Ländern. Nur so kann die Bevölkerungsmehrheit, die bisher keine Bildungschancen hatte, in die Lage versetzt werden, die Geschichte ihres Landes mitzubestimmen. Wir helfen, das „Menschenrecht auf Bildung“ für junge Guatemalteken zu verwirklichen.



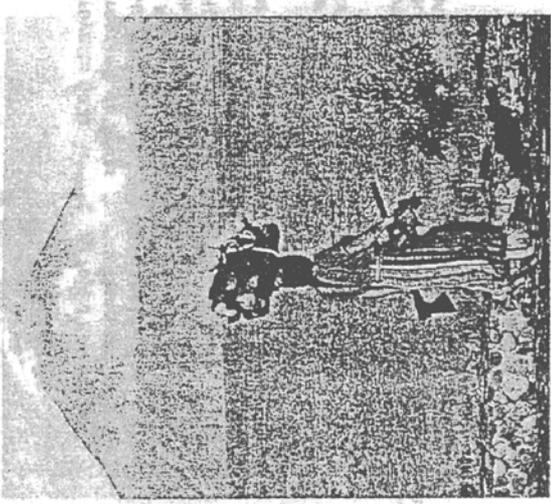
SANDRA AMANDA SUCUP LÓPEZ: Ich gehöre zum Volk der Maya Achi, bin 22 Jahre alt und studiere mit Hilfe des Proyecto IJATZ an der Universität Sozialarbeit. Das ist ein Beruf, der im weitesten Sinne sozialer Dienst ist, und das gefällt mir dabei. Unsere armen Gemeinden brauchen die Hilfe von Fachleuten, die für den Frieden und das Gemeinwohl kämpfen. Ich möchte eine Pionierin für ein demokratisches Guatemala sein und in Deutschland mehr über Demokratie erfahren. Danke für die Einladung!

GERMÁN GIOVANNI UJIAN MENDOZA: Ich komme aus San Juan la Laguna. Meine Sprache und meine Kultur ist Moya-Tz'utujil. Ich bin 21 Jahre alt, und studiere mit einem Stipendium des Proyecto IJATZ Journalismus. Ich möchte eines Tages in Zeitungen meines Landes schreiben, aber ich träume auch davon, auf internationaler Ebene meinem Volk, das so viel gelitten hat, eine Stimme zu geben. Gerne lerne ich andere Menschen und Kulturen kennen, wie auf dieser Reise in Deutschland.

Ich bin **MARIA-CHRISTINE ZAUZICH**, Politikwissenschaftlerin und Journalistin. Seit 17 Jahren lebe ich in Guatemala. Die grösste Not, der ich begegnet bin, war der ungestillte Hunger nach Bildung, besonders in der vom Bürgerkrieg betroffenen Mayabevölkerung. Mit dem indianschen Rechtsanwalt Hector Roquel gründete ich das Stipendienwerk Samen Korn (Proyecto IJATZ), das lernbegabte Jugendliche bis zum Universitätsabschluss fördert. Bitte helfen Sie uns bei der Arbeit zur friedlichen Entwicklung Guatemalas!

wie heute, sind die Landfrage und die Bildungssituation, 2,5 Prozent der Landeigentümer besitzen 65 Prozent des Bodens und Menschen ohne ausreichendes Einkommen haben keine Bildungschancen und ohne Bildung keine Arbeitsschancen... Guatemala hat 36 Jahre blutigen Bürgerkrieg erlitten; ungezählte Guatemalteken, darunter viele Mayas, wurden oft willkürlich getötet. Etwa 150.000 Kinder wurden zu Waisen. 1996 ist zwischen Regierung und Guerilla ein Friedensvertrag abgeschlossen worden. Zu den Friedensbedingungen gehört auch die künftige Teilhabe der Mayas an Politik und Wirtschaft. Aber viel zu wenige konnten sich darauf vorbereiten, nicht einmal ein Prozent erreichen einen Hochschulabschluss. Das **PROYECTO IJATZ-PROJEKT SAMENKORN** verleiht Stipendien an begabte Guatemalteken, mit sozialem und christlichem Engagement, vorzugsweise Mayas. Sie sollen durch eine qualifizierte Ausbildung befähigt werden, berufliche Positionen zu erreichen, in denen sie die Geschicke ihres Landes verantwortungsbewusst mitbestimmen können.

Deshalb bieten wir nicht nur Stipendien, sondern auch studienbegleitende Kurse und Tagungen, um die Persönlichkeitsentwicklung zu fördern, die Allgemeinbildung zu verstärken und helfen auch bei auftretenden Gesundheitsproblemen.



Nehoi geboren und spreche deshalb K'iche' und Ixil, die Sprache von dort. Durch den bewaffneten Konflikt habe ich schon sehr früh meine Eltern verloren, und ich kenne nur wenige meiner Verwandten. Von klein auf habe ich um meine Ausbildung gekämpft, in einem Weisenschulz konnte ich schlafen und bekam zu essen, aber für Schulbücher und persönliche Dinge musste ich selbst sorgen, deshalb lernte ich manchmal Handarbeiten. Ich kann z.B. bunte Taschen im Stil unseres Dorfes häkeln, die ich für Dollars an Fremde, die ins Dorf kamen, verkaufte. Nach der mittleren Reife hatten mir Ordensleute mit der Unterkunft, 1998 erhielt ich ein Stipendium vom **PROYECTO IJATZ**, damit schaffte ich das Abitur und studiere jetzt Medizin. Ich will ein guter Arzt werden, um auch armen Kranken zu helfen.





**Not- und Soforthilfe
sowie
Rehabilitations- und Wiederaufbaumaßnahmen
der GTZ nach dem Wirbelsturm Mitch**

Der Wirbelsturm Mitch richtete im Oktober und November 1998 große Schäden in Mittelamerika, insbesondere in Honduras an. Zahlreiche Infrastruktureinrichtungen wurden zerstört, ca. 2 Mio. Menschen in Honduras waren direkt oder indirekt von den Auswirkungen betroffen.

Not- und Soforthilfe der GTZ

Durch das hohe Maß an zerstörtem Wohnraum und zerstörter Infrastruktur war es erforderlich, schnell erste Maßnahmen zur Unterbringung der Bevölkerung, zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung, der Reparatur von lebensnotwendigen Versorgungswegen sowie im Gesundheitssektor zur Eindämmung und Vorbeugung von Seuchen durchzuführen, um das Überleben der notleidenden Bevölkerung in den Katastrophengebieten zu gewährleisten. Das Not- und Soforthilfeprogramm umfasste die Bereitstellung von Baumaterial für beschädigte Häuser, Handwerkzeuge, Wassertanks und Desinfektionsmittel, medizinischer Grundausstattung sowie Wiederherstellung wichtiger Verkehrsverbindungen. Weiterhin die Ausstattung der nationalen Katastrophenschutzbehörde mit Funkgeräten und Beratungsleistungen zur Koordinierung der Durchführung von Hilfeleistungen. Diese ersten Not- und Soforthilfemaßnahmen konnten bereits Ende Februar abgeschlossen werden und hatten ein TZ-Volumen von 1,1 Mio. DM.

Rehabilitations- und Wiederaufbaumaßnahmen der GTZ

Nach dem Abschluss der Not- und Soforthilfemaßnahmen war das Überleben der besonders gefährdeten Bevölkerungsteile sichergestellt, doch viele Menschen hatten den Zugang zur sozialen Basisinfrastruktur und zu sozialen Dienstleistungen verloren. Aufgrund des Ausmaßes der Schäden war die honduranische Regierung nicht in der Lage den Bedarf an dringend benötigten Wiederaufbaumaßnahmen zu decken. Um den Wiederaufbauprozess des Landes zu unterstützen, wurden von der Deutschen Bundesregierung weitere TZ-Gelder bereitgestellt.

Der deutsche Gesamtbeitrag im Rahmen der Mitch-Hilfen betrug insgesamt 75,9 Mio. DM an FZ/TZ sowie weiteren Sonderzusagen und bilateralem Schuldenerlass.

GTZ-Projektmaßnahmen

Im Gesundheitsbereich wurden die Mitch-Maßnahmen vom Projekt PRAIM (Reproduktive Gesundheitsvorsorge) koordiniert und umgesetzt und beinhalteten den Wiederaufbau von 19 Gesundheits- und 2 Frauenzentren sowie deren Ausstattung mit medizinischer Ausrüstung und Medikamenten. (TZ-Volumen 571.203 DM)

Im ländlichen Bereich wurde die Wiederaufbauhilfe von den Projekten des Sozialen Waldprogrammes (PSF - **Programa Social Forestal**) durchgeführt. In den verschiedenen Projektregionen (Occidente, Olancho, Rio Plátano) wurden die Trinkwasserversorgungssysteme, wichtige Versorgungswege, Brückenzufahrten (Bailey- und Hängebrücken) sowie lokale Wasserversorgungssysteme und Rückhaltebecken rehabilitiert. Diese Maßnahmen haben die Versorgungslage und Anbindung dieser Regionen erheblich verbessert und wurden mit den Kommunen abgestimmt sowie unter Eigenbeteiligung der betroffenen Bevölkerung durchgeführt. Weiterhin wurden Maßnahmen zur Reaktivierung der Agrarproduktion, wie die Einrichtung eines Unterstützungsfonds für Landwirte, Rehabilitation landwirtschaftlicher Bildungseinrichtungen und die Bereitstellung von Saatgütern und Produktionsmitteln durchgeführt. (TZ-Volumen ca. 4.1 Mio. DM)

Durch den Wirbelsturm wurden ca. 30% der gesamten nationalen Infrastruktur im Bildungsbereich zerstört. Die Wiederaufbauhilfe im Bereich Bildung wurde von den Projekten **ASED** und **FEBLI** koordiniert und beinhaltete die Schaffung von Räumlichkeiten zur Wiederaufnahme des Schulunterrichts und der Arbeit der Bildungsverwaltung sowie die Bereitstellung einer Minimalausstattung in den betroffenen Schulen und der Bildungsverwaltung wie z.B. Fahrzeuge, Telefone, Schulmöbel und Lehrmaterialien. Das Bildungsprogramm **PRODES** setzt heute noch eine FZ-Maßnahme, welche später in eine Ausstattungshilfe umgewandelt wurde, zur Einrichtung eines Management-Informationssystems (MIS) als Drittgeschäft im Bildungsministerium um. (TZ-Volumen 924.100 DM)

Aktivitäten zur Wiederaufbauhilfe für geschädigte Kleinunternehmer wurden von dem Wirtschaftsförderungsprogramm **PROMYPE** koordiniert. Die Maßnahmen umfassten die Rehabilitation von Kleinunternehmen durch die Bereitstellung von Baumaterial und Produktionsmitteln sowie Anschubfinanzierungen zur Kapitalbildung. Ebenfalls wurde von **PROMYPE** ein Kreditfonds für Kleinunternehmer eingerichtet, der Kleinkredite an über 2500 Unternehmer vergeben hat. Durch die Rückzahlungen ist dieser Fonds bis heute aktiv und wird als Finanzierungsinstrument für Kleinunternehmer weitergenutzt. Weiterhin hat **PROMYPE** den Wiederaufbau einer Kunsthandwerkskooperative und Kleinunternehmerfamilien bei der häuslichen Abwasserbeseitigung unterstützt. (TZ-Volumen 2,0 Mio. DM)

Das Bewusstsein der Bevölkerung für Maßnahmen der Katastrophenvorsorge konnte so erheblich geschärft werden und mündete in eine Nachfrage nach institutionalisierten Schutzeinrichtungen. Die deutsche TZ hat in der Folgezeit systematisch den Aufbau, Ausbildung und den Betrieb lokaler Umweltbüros beraten, deren Aufgabe u.a. die Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten und Trinkwasserversorgungseinrichtungen ist. Leider ist jedoch zu beobachten, dass das Thema Katastrophenvorsorge auf politischem Niveau konjunktureller Natur ist und sich abschwächt, je weiter die letzte Naturkatastrophe zurückliegt. Dabei wird immer wieder vergessen, dass die Kosten der Infrastruktursachschäden erheblich größer sind als die Kosten der Katastrophenvorsorge.